

„Links“ Deutsche Meisterschaft der Einseitigkeit

Gäbe es diese Meisterschaft tatsächlich, würde die Braunschweiger „BS-Spiegel“-Autorin Elke Almut Dieter in Konkurrenz zu Sahra Wagenknecht, der russischen Außenministerin speziell für Deutschland, manches Mal die Meisterschaft vor ihr gewinnen.

Punkte für diese Meisterschaft gewann Frau Dieter nun durch die Braunschweiger Zeitung, die einen Leserbrief der Meisterschaftsaspirantin am 1. März 2023 veröffentlichte:

„Zum Bericht „Rüstungskonzern Rheinmetall: Kriegsgewinnler oder Krisenhelfer?“ vom 24. Februar:

Es ist Krieg in der Ukraine, und in Deutschland ist „man“ stolz und dankbar, eine Rüstungsindustrie im eigenen Land zu haben. Der Rüstungskonzern Rheinmetall verdreifacht seine Gewinne, bekommt Milliardenaufträge aus aller Welt, seine mörderischen Produkte sind gefragt. Ist eine Übergewinnsteuer auch für die Rüstungsbetriebe im Gespräch? Ihre enormen Gewinne stellen neben dem ökonomischen Ungleichgewicht auch ein politisches Problem mit dem einseitigen Blick auf die Kriegslogik dar. Die Rüstungsindustrie als Gewinner des Ukrainekrieges sollte nach ihrem Beitrag zur Zerstörung auch einen Beitrag zu Wiederaufbau und Regeneration der Zerstörungen an Mensch und Umwelt leisten - so wie jeder für den von ihm angerichteten Schaden und dessen Langzeitfolgen verantwortlich gemacht wird. Das Abschöpfen der Übergewinne als Steuer ist das eine, die Forderung nach der Verantwortung für ihr Tun das andere. Wir fordern von Rheinmetall einen aus den Übergewinnen geschaffenen Fonds zur Beseitigung der Kriegsschäden und zur Entschädigung der Kriegsoffer für alle durch Krieg zerstörte Gebiete, in denen Rheinmetalls Waffen zum Einsatz kommen.

Elke Almut Dieter, Braunschweig“

Es ist bekannt, dass es russische Raketen und iranische Drohnen waren, die Wohngebiete in vielen ukrainischen Städten und vor allem auch jeglicher Infrastruktur zerstörten und auch weiterhin grausam Menschen und Wohnungen vernichten.

In der täglich anhaltenden „Friedens-Manifest-Diskussion“, initiiert von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer, wird doch immer wieder deutlich, dass von Russland eingesetzte Waffen nicht erwähnt, als ob es sie gar nicht gibt - offenbar nach dem Motto:

„Frieden schaffen nur mit russischen Waffen und mit iranischen Drohnen“.

Wie weit muss ein Mensch ideologisch überfrachtet und mit Blindheit geschlagen sein, von „Rheinmetall“ zu verlangen, die durch ihre Waffen entstandenen Kriegsschäden zu beseitigen, nicht aber von der russischen und iranischen Waffenindustrie? Soweit ich das überblicke, richten Rheinmetall-Waffen Schäden an den russischen Waffen an, die die Ukraine schädigen.

Putin, der in der „Manifest“-Diskussion nicht erwähnt wird, auch nicht, dass er als Diktator die russische Bevölkerung, besonders die oppositionelle Bevölkerung, mit faschistischen Mitteln unterdrückt, scheint mir mit Leichtigkeit aus seinem Super-Korruptionsvermögen zig Milliarden Dollar aufbringen könnte, um zerstörte Wohnungen in der Ukraine wieder aufzubauen.

Am Tag darauf (2.3.23) veröffentlichte die BZ zwei Leserbriefe mit Antworten auf Frau Dieter:

„Der Zerstörer ist Russland, nicht Rheinmetall

Zum Bericht „Rüstungskonzern Rheinmetall: Kriegsgewinnler oder Krisenhelfer?“ und dem Leserbrief von Elke Almut Dieter:

Nicht Rheinmetall hat für die Zerstörungen in der Ukraine gesorgt, sondern der völkerrechtswidrige Angriff durch Wladimir Putin. Für Reparationszahlungen ist also Russland verantwortlich und nicht ein deutscher Konzern. Eine leistungsfähige Rüstungsindustrie sorgt dafür, dass wir unser pluralistisches System verteidigen können. In diesem Fall helfen wir der Ukraine, sich gegen eine kleptokratische Diktatur zu verteidigen, und in letzter Konsequenz auch uns. Wo hört Putin mit seinem Eroberungsfeldzug auf, wenn man sich ihm nicht entschlossen entgegenstellt? Diese permanente Täter-Opfer-Umkehr durch die Friedensbewegten ist nicht mehr zu ertragen. Leider wird ihr in den öffentlich rechtlichen Medien in Form von Frau Wagenknecht, Frau Schwarzer und Herrn Vad eine große Plattform geboten. Hätten diese Leute vor 80 Jahren auch gegen die Amerikaner demonstriert und einen Frieden mit Hitler gefordert? Putin ist nichts anderes als Hitler in abgeschwächter Form. Frau Dieter spricht davon, dass „wir“ einen Fonds fordern. Sie und ihre Freunde mögen sich an Putin wenden und von ihm fordern, den völkerrechtswidrigen Angriff zu beenden, sich hinter die Grenzen von 2014 zurückzuziehen, die deportierten Kinder zu ihren Eltern zurückzubringen und Reparationen für die materiellen Schäden vorzunehmen. Bei dem Krieg handelt es sich um einen imperialistischen Angriffskrieg von Russland. Nicht mehr und nicht weniger.

Axel Bach, Wolfsburg

Ohne Rheinmetall-Waffen gab's Ukraine nicht mehr

Zum selben Thema und Brief:

Elke Almut Dieter fordert, Rheinmetall müsse für alle durch den Krieg zerstörten Gebiete, in denen Waffen von Rheinmetall zum Einsatz kommen, Entschädigung leisten. Unglaublich unlogisch! Wer zerstört denn diese Gebiete? Sind es die russischen Raketen, Bomben und Artilleriegranaten oder die von Rheinmetall zur Verteidigung gegen die Invasoren gelieferten Waffen? Natürlich könnte unsere Regierung die „Übergewinne“ der Firma Rheinmetall abschöpfen, aber nicht als Strafe für die wirklich notwendigen Lieferungen für die Verteidigung der Ukraine gegen den Zerstörungswahnsinn des Psychopathen Putin.

Ohne die von demokratischen Staaten gelieferten Waffensysteme gäbe es die Ukraine längst nicht mehr. Das müsste doch eigentlich jedem klar sein, aber viele wollen das einfach nicht begreifen (siehe Wagenknecht, Schwarzer etc.). „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist bei einem Protagonisten wie Putin definitiv unmöglich!

Hans-G. Wilden, Leiferde

Frau Dieter ist ein engagiertes Mitglied des Braunschweiger „Friedenzentrums“, das seit Jahrzehnten vor allem auch gegen Israel gerichtete einseitige Meinungsbilder vertritt.

Stellungnahme des Friedenszentrums (<https://friedenszentrum.info/>)

Ein Jahr Krieg in der Ukraine zum 24.2.2023

Wir treten ein für ein Ende der Gewalt – für ein Ende des Tötens. Politiker und Diplomaten sind gefragt, einen für beide Seiten Gesichtswahrenden Weg zu einem Waffenstillstand zu finden. Erst danach **beginnt** die Lösung des Konfliktes. Es wird Zeit brauchen, die Aggressionen aufzuarbeiten und die Gemengelage des Konfliktes so zu lösen, dass die Parteien damit leben können. Ein Ende des Krieges ist nicht ohne Kompromiss zu haben, auch einer, der Opfer verlangt. Das heisst, niemand wird seine in der Propaganda noch ideologisch erhöhten Kriegsziele durchsetzen können.

Zum Jahrestag des Ukrainekrieges gibt es eine Vielzahl von Berichten, Aufrufen, einem BZ-Leserforum, Mahnwachen und Demonstrationen für Frieden von allen Seiten und aus verschiedenen politischen Richtungen – auch in Braunschweig: Die Kirchen rufen zu Gebeten auf, am Freitag, 24.2. lädt die Stadt Braunschweig, der Verein „Freie Ukraine“ und die Probstei zu einer Gedenkveranstaltung „Lichter für den Frieden“ ein.

Anstelle einer weiteren Mahnwache in Braunschweig fahren einige von uns zu einer Mahnwache nach Berlin und unterstützen das Manifest für den Frieden. Nachfolgend finden Sie diesen Aufruf und andere ausgewählte Beiträge verlinkt.

Mit friedlichen Grüßen

Elke Almut Dieter, Vorstand Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Experte Erhard Crome: USA hat den Ukraine-Konflikt angezettelt
Politikwissenschaftler und Autor gibt auch dem Westen die Schuld – Wie beg

Markus Hörster

Braunschweig. „Der russische Angriffskrieg in der Ukraine ist völkerrechtswidrig“, stellte der Politikwissenschaftler, Autor und Geschäftsführende Direktor des Welt-Trends-Instituts für Internationale Politik in Potsdam, Erhard Crome, zu Beginn seines Vortrages im gut besuchten Haus der Kulturen klar, zu dem das Friedenszentrum Braunschweig eingeladen hatte.

Doch müsse man in der Geschichte genau hingucken, um zu verstehen, was dort genau stattfindet und wie es dazu gekommen sei. „Es ist politische Propaganda, wenn der Westen sagt, der Krieg in der Ukraine sei der erste völkerrechtswidrige Krieg“, betont Crome. Auch die beiden Irak-Kriege, der Einsatz der Nato im ehemaligen Jugoslawien ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates oder auch die westliche Einmischung in Syrien seien Beispiele für völkerrechtswidrige Kriege.

„Die Russen machen nach, was der Westen vorgemacht hat“, findet Erhard Crome. Die russische Politik erlaube die des Westens wieder

spreche vorzugsweise über die Russen, da sie im Februar vergangenen Jahres die Grenze überschritten haben.

Durch die Unterstützung der Ukraine in den vergangenen Jahren habe der Westen zum Ziel gehabt, Russland eine strategische Niederlage hinzuzufügen. Das Hauptproblem für den Westen sei jedoch, dass er auf der Weltbühne auf dem ab-

Entscheidung, den Krieg zu führen, hätten letztendlich die Russen getroffen.

Crome kritisierte in seinem Vortrag auch die Medien, die aus seiner Sicht gleichgeschaltet und einseitig über den Ukraine-Krieg berichten. Der Wissenschaftler kritisiert, dass in den deutschen Medien meist auf ukrainische Quellen zurückgegriffen werde. Die nicht nennenden In-

mehr wer einbezogen, Rufen militärischen, der fahr für e „Es gib solange i militärische Lieferung mahnte f

Politikwissenschaftler und Autor Erhard Crome bei seinem Vortrag im Haus der Kulturen

Frau Dieter fordert, Putin müsse sein Gesicht wahren können: Diese Forderung bedeutet, dass sie diesem Kriegsverbrecher, der nicht nur die Ukraine zerstört, sondern auch den syrischen Diktator Assad, der ebenso ein Verbrecher ist, mit gegen Menschen gerichteten Bomben stützt, ein menschenfreundliches Gesicht erhalten möchte?

Was ist das für ein „Friedenszentrum“, das derartig grausame Personen im Vorstand handeln lässt?

BZ, 24.1.2023. Dieser Artikel führte zu sechs Leserbriefen, veröffentlicht am 27.1.2023

Vortrag und Diskussion mit Dr. Erhard Crome - Videomitschnitt und Artikel zur Veranstaltung

Video zum Vortrag vom 19.1.2023 im Haus der Kulturen <https://youtu.be/V7QrQQ1VMCU> von Elke Almut Dieter

Achtzig interessierte Menschen trafen sich zu dem Vortrag von Erhard Crome im Haus der Kulturen. Er vermittelte eine andere Sicht auf den Ukrainekrieg, zeigte die geopolitischen Zusammenhänge auf und ordnete ihn in einen Weltordnungskrieg ein. Das Ende der USA als monopolare Welt, der Aufstieg Chinas und Indiens führt zu einer Gewichtsverschiebung in den asiatischen Raum und zu Machtkämpfen, die als Stellvertreterkriege geführt werden. Russlands Krieg in der Ukraine sollte seine Großmachtstellung demonstrieren.

Das manipulative Friedenszentrum stellt seine „Friedens“arbeit unter diese Absicht:

„Wege zu einer Kultur des Friedens“.



Es ist gerade ca. 13 Jahre her, dass das „Friedenszentrum“ mit antisemitischen Karikaturen dieser Art eine „Kultur des Friedens“ für Israel und Palästina forderte.

Beachten Sie bitte auch die PDF „Friedenszentrum, Palästinenser und Israel“.

Im Januar 2020 haben Heinz Zemke und Frau Elke Almut Dieter für das das „Friedenszentrum“ Braunschweig Bundeskanzlerin Angela Merkel einen „Offenen Brief“ geschrieben, veröffentlicht im „Braunschweig-Spiegel“ am 13.1.2020.

Der Grund war der „Drohneinsatz der USA“ zur „Tötung von Regierungsvertretern der Republik Iran und weiterer Zivilpersonen.“

In dem Schreiben heißt es unter anderem:

„Den Drohnenangriff, sowie das eingesetzte Embargo der USA gegen die Republik Iran, im Rahmen des Sicherheitsrates der UN auf Konformität zum Völkerrecht zu prüfen und ggfls. entsprechende Maßnahmen zur Schadensbegrenzung und Wiedergutmachung einzufordern und zu ermöglichen.

Das Friedensbündnis Braunschweig fordert die deutsche Bundesregierung auf, dem iranischen Volk außenpolitische Unterstützung zum Friedenserhalt zuzusichern und die iranische Regierung aufzufordern, Gewalt nicht mit weiterer Gewalt bzw. Vorbereitungen zur Gewalt, zu begegnen. Die Bundesregierung muss dem Iran zusichern, dass sie entschlossen alles in ihrer Macht stehende gegen weitere US-Angriffe und US-Sanktionen tut.

Wir betonen hierbei, dass ein ‚stillschweigendes Weiter-So‘, eine Toleranz gegenüber dem Einsatz von militärischer und wirtschaftlicher Gewalt in der Nah-Ostregion nicht zielführend sein kann. ‚Besorgt-Sein‘ reicht hier nicht mehr aus, um das Leben und die Sicherheit der Menschen in der Region zu garantieren. Deutschland kann nicht wieder in einen Status des ‚Wegsehens‘, der stillschweigenden Toleranz gegenüber Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenwürde verfallen. Als Kinder, Enkel und Urenkel einer Kriegsgeneration und auf Basis des Grundgesetzes bleiben wir verpflichtet, Unrecht und Gewalt unmissverständlich, klar anzusprechen und einen aktiven Beitrag zu friedlichen Lösungen auf diplomatischem Wege nachhaltig, in aller Entschiedenheit und Deutlichkeit zu leisten.

Die vorwiegend militärisch orientierte Nah/ Mittelost-Politik der USA stellt eine Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland, der EU, sowie aller Staaten in der Nah-Ost Region dar. Der im Jahre 2003 durch die USA begonnene Krieg gegen den Irak ist durch höchste US-Regierungsvertreter (G.W. Bush) als irrtümlich bezeichnet worden. Erst als eine Konsequenz dieses von den USA initiierten militärischen Konfliktes in Verbindung mit politischen Fehlentscheidungen der USA ist der Islamische Staat als weltweite Bedrohung erwachsen. Die zum Teil durchaus auch kritikwürdigen Aktivitäten der iranischen Regierung in der Region haben u.a. aber auch mit dazu beigetragen, die Rolle des IS effektiv zu begrenzen. Insofern ist der Drohneneinsatz der USA zusätzlich doppelt kritisch zu untersuchen.

Im Namen des Friedensbündnis Braunschweig e.V.

Heinz Zemke

Elke Almut Dieter“

Ich habe dem „Friedenszentrum“ unter anderem geantwortet: (14.1.2020)

„Ich bitte das sogenannte „Friedens“zentrum um Antworten auf diese Fragen:
- Haben Sie der iranischen Regierung Ihre Haltung zum Mord an hunderten (bis zu 1000 Personen) von Demonstranten durch iranischen Staatsterrorismus übermittelt?
- Teilen Sie der iranischen Regierung und der hiesigen Öffentlichkeit Ihre Meinung zum Mord an 176 Flugzeugpassagieren mit?
- Fordern Sie die iranische Regierung auf, sofort alle Maßnahmen zum Bau von Atom-bomben einzustellen und die dazu benötigten Fabriken zu demontieren?
- Fordern Sie die iranische Regierung auf, Israel nicht mehr mit der vollständigen Eliminierung des Landes und aller ihrer Bewohner, einschließlich der palästinensischen Bevölkerung, zu drohen? Allein diese Maßnahme wäre ein Schritt zur Friedenssicherung sicher doch auch im Sinne des „Friedens“zentrums.

Jürgen Kumlehn, Erinnerer, Wolfenbüttel“

Der Ostermarsch-Aufruf 2018 des Braunschweiger „Bündnis für den Frieden“ enthält wie sonst auch erhebliche Beschönigungs- und Einseitigkeits-Militanz. Ich habe dem Bündnis geantwortet:

„Jürgen Kumlehn 2018-03-21

Wenn ich den Text zum Ostermarsch-Aufruf lese, frage ich mich, wer hinter dem „Braunschweiger Bündnis für den Frieden“ steckt. Sind das Menschen, die über ein Höchstmaß an Naivität der Weltbetrachtung verfügen? In dem Text werden Syrien, die USA, Israel darf natürlich nicht fehlen, die Türkei und Deutschland erwähnt. Droht ein neuer Weltkrieg? wird gefragt. Habe ich irgendetwas verpasst? Ist Russland in Syrien nicht mit dabei, wenn es darum geht, Menschenrechte zu verletzen, Menschen zu töten und eine große Flüchtlingsbewegung in Gang zu setzen? Und droht ein Weltkrieg nicht auch durch die furchtbaren **weltumspannenden** Raketen, die Putin gerade vorgestellt hat? Was sind das für Leute, die zum Frieden aufrufen und die Menschen, an die sie sich wenden, für so dumm halten, dass sie dieses unsägliche und lügenhafte Friedensgeschwätz des „Bündnisses“ glauben?“

Vgl.:

https://braunschweig-spiegel.de/wp-content/uploads/2018/03/OM2018V4_Endfassung_lowdata.pdf